KWP62NEU

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand und Susanne Petersen

Titel: **Armut bekämpfen**

Text

Armut zeigt sich häufig in einem Mangel an sozialer Teilhabe. Armut zieht oft schlechtere Bildungschancen nach sich. Armut beeinflusst die Möglichkeiten, geeigneten Wohnraum zu finden. Diese Probleme hängen teilweise zusammen und verstärken sich gegenseitig. Die Folgen widersprechen unserem Verständnis von Gerechtigkeit. Daher müssen wir das Thema Armut weiter intensiv angehen.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum - in allen Quartieren. Wir wollen dies über eine stärkere Sozialraumorientierung angehen. Da Sozialpolitik bereits beim Bauen und der Stadtplanung beginnt, widmen wir den Themen Wohnen und inklusive Quartiersentwicklung eigene Kapitel.

Eine Wohnung mit Stromversorgung und Heizung sind Grundlage für Teilhabe. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Stromsperren nur in Ausnahmefällen zulässig sind. Mit den Stadtwerken wollen wir im Gespräch bleiben und nach Lösungen suchen, wie die Grundversorgung für alle finanzierbar bleiben kann - damit keine Wohnung kalt bleiben muss.

Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist es sehr schwierig für ALG II-Empfänger*innen, Wohnungen innerhalb der Mietobergrenzen (MOG) zu finden. Mietobergrenzen sind die Grenzen, die eine Wohnung für einen ALG II-Bezieher*in maximal kosten darf. Das heißt, wenn die Person die Mehrkosten nicht trägt, muss sie umziehen und findet im schlimmsten Fall keine Wohnung mehr. Häufig wegen weniger Euros. Wir wollen daher zum einen, dass die Besonderheiten des Einzelfalls, die höhere Kosten als die Mietobergrenze rechtfertigen, einen höheren Stellenwert erhalten.Wir wollen verhindern, dass Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld umziehen müssen. Sie sollen ihre Kraft dafür einsetzen können, z.B. durch eine Erwerbstätigkeit aus der Hilfebedürftigkeit heraus zu kommen,

statt dass sich ihre Gedanken nur um einen möglichen Auszug und Wohnungssuche auf einem angespannten Wohnungsmarkt drehen müssen. Wir unterstützen eine Clearingstelle Wohnungssuche, in der Hilfebedürftige sich Unterstützung holen können, wenn sie eine Kostensenkungsaufforderung durch die Sozialverwaltung erhalten. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Kosten der Unterkunft in Zukunft zumindest anteilig übernimmt.

Studien belegen, dass dort, wo viel Armut herrscht, auch die Mobilität eingeschränkt ist. Ein vergünstigter ÖPNV ist daher eine notwendige soziale Maßnahme (siehe Kapitel Ticketpreise senken). Wir begrüßen das Teilhabechancengesetz und möchten uns dafür einsetzen, dass weiterhin viele Arbeitgeber*innen und Langzeitlose die daraus entstehenden Möglichkeiten zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt nutzen. Wir begrüßen, dass auf Bundesebene die Sanktionierung bei Hartz IV ausgesetzt ist, und wir fordern dies dauerhaft.

Für uns ist es wichtig, dass auch in Zeiten verschuldeter öffentlicher Haushalte nicht im Sozialbereich gespart wird und setzen uns dafür ein, dass die freiwilligen Leistungen der Landeshauptstadt Kiel Bestand haben. Angesichts der vielen Krisen wollen wir prüfen, ob und wie bestimmte Angebote noch ausgebaut werden können. Wichtig und richtig ist hierbei, dass die Stadt in den vergangenen Jahren Förderung nach Bedarf und nicht mit der Gießkanne verteilt hat. Das heißt, dass Stadtteile mit hohem Bedarf auch mehr Förderung bekommen. Eine starke Wohn- und Sozialpolitik ist die beste Prävention gegen Kriminalität und Extremismus und insbesondere auch aktive Gesundheitsvorsorge

Die Ausnutzung von Menschen in Notsituationen muss bekämpft werden, sei es auf dem Wohnungsmarkt (durch Überbelegungen), in der Sexarbeit oder anderswo. Illegale Wohn- und Beschäftigungsstrukturen bestehen durch das Ausnutzen von (EU-)Ausländer*innen.